

Rede von

MARKUS HERBERT WESKE (SPD)

zum Tagesordnungspunkt 1

Unterrichtung durch die Landesregierung:
„Konsequenzen aus den sog. Panama Papers –
Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit“

Landtag NRW – 20. April 2016

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte zunächst einmal auf einen grundsätzlichen Aspekt in der Debatte um die notwendigen Konsequenzen aus den Panama-Papers eingehen: Welche Gefahr droht uns eigentlich, welche Gefahr droht der Demokratie insgesamt, wenn man das ganze aus dem Blickwinkel der Bürgerinnen und Bürger betrachtet?

Natürlich stellen auch die Bürgerinnen und Bürger fest, dass zu den Profiteuren der Offshore-Dienste Finanzinstitute, darunter auch deutsche Banken und ihre Töchter, Anwaltsfirmen und andere Vermittler gehören.

Aber die konkreten Personen, die damit in Verbindung gebracht werden, sind frühere oder amtierende Staats- und Regierungschefs, Wirtschaftsspitzen, Köpfe aus der Sportelite und andere Würdenträger, die ihre Geldströme verdecken, das Gemeinwesen hinters Licht führen und ihr hohe Steuerzahlungen vorenthalten.

Immer mehr Menschen haben also den Eindruck, der normale Arbeitnehmer zahlt fleißig Steuern und die anderen lassen sich immer neue Tricks einfallen, um das zu umgehen. Und zu diesen anderen gehören dann ganz schnell alle Politiker, alle Funktionäre, alle, die Verantwortung tragen. Im Kern also die Personen, die für dieses unsere demokratische System stehen.

Das Netzwerk aus Banken, Anwaltsfirmen und anderen Vermittlern schadet also auch dem demokratischen System. Insofern kann man

nach der Finanzkrise mal wieder von einer „Systemrelevanz der Banken“ sprechen.

Unsere Demokratie ist aber nur dann angreifbar, wenn wir in den Parlamenten nicht klar und deutlich Position beziehen und auch handeln. Es geht nicht, dass die einen hart schufteten und die anderen sich einen schlanken Fuß machen. Da müssen wir ran.

Da müssen wir ran und da müssen wir sehr konkret werden. Es hilft nicht, ständig nur auf die internationalen Ebenen zu verweisen. Insofern macht es die CDU-Fraktion und Sozialdemokraten leicht, ihren Antrag abzulehnen. Sie schaffen es, auf den ersten zwei Seiten ihres nicht viel längeren Antrages ausschließlich auf europäische oder internationale Ansätze zu verweisen. Kein Wort zu dem, was das Land tun kann; kein Wort zu dem, was der Bund tun kann.

Und wenn es dann in den letzten zehn Zeilen ein bisschen konkreter wird, dann fordern sie keine Maßnahmen, sondern wollen nur „prüfen“ lassen. Diese „Man-könnte-mal-eventuell-Politik“ ist Wasser auf die Mühlen derer, die behaupten, die Politiker seien Teil des Problems und wollten in Wahrheit nichts verändern.

Auch deswegen sagen wir in dem von rot-grün gestellten Antrag ganz klar, was hier bei uns zu tun ist: Wir müssen zum Beispiel endlich ein umfassendes Unternehmensstrafrecht in Deutschland einführen, welches weitreichende Sanktionsmöglichkeiten bietet. Für uns ist kriminelles Handeln von Firmen keine Ordnungswidrigkeit, sondern eine Straftat und die muss auch so geahndet werden. Unser Justizminister hat dazu schon einen konkreten Vorschlag auf den Tisch gelegt.

Darüber hinaus fordern wir die Möglichkeit der Sanktionierung der Banken, die sich an dubiosen Geschäften beteiligen, und als schärfstes Instrument die Entziehung der Lizenz von Banken. Wie im Monopoly soll es nicht nur heißen „Gehe in das Gefängnis“, sondern auch „Gehe zurück auf Los“. Auch hier hat der Bundesrat, forciert von uns aus Nordrhein-Westfalen, bereits eine konkrete Gesetzesvorlage beschlossen, die aber in Berlin bisher leider nicht aufgegriffen wurde.

Im Fokus stehen übrigens nicht nur die Banken, sondern auch Anwaltsfirmen und andere Vermittler, die dabei helfen, gezielt zweifelhaftes Vermögen in Steuerparadiesen zu verstecken oder gerne andere Tipps geben, wie durch dubiose Geschäfte ehrliche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und unser Gemeinwesen betrogen werden können.

Es ist erschreckend anzusehen, wenn solche Berater in den Medien stolz erklären, dass sie am Tag der Verabschiedung eines Steuergesetzes schon entsprechende Geschäftsmodelle zu den von ihnen entdeckten Schlupflöchern präsentieren können. Ich gebe zu, dass das Verhalten dieser Trittbrettfahrer des Spätkapitalismus zunächst einmal nicht strafbar ist. Aber man muss ihnen öffentlich vorhalten – und da bin ich wieder am Anfang meiner Rede : Sie schaden der Demokratie!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!